

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.4. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482

Der Proletarier

Abgabepreis: Arbeitervorteilung und Wohlleben. Angehört die Sozialistische Kolonial-Presse 50 Pf. Gedächtnispreise werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Grew. Druck von C. H. S. Metzger & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2 Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Das Volksgericht.

Das große Schauspiel hat gepokt. — Es lehrte mit einem Eisenbesen; Doch ist's, ihr Herren, der erste Akt Des Nieldramas nur gewesen.

Das Volk hat gesprochen. Es hat der Regierung und den Regierungsparteien die Quittung ausgestellt über die reaktionäre, volksfeindlich Politik des letzten Jahres. Mit dem Stimmzettel hat es klar und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die bisherige Privilegien- und Günstlingswirtschaft einer wirklich volksfreundlichen Politik weichen soll. Weder die Lügen der reaktionären Parteien noch die Wahlparole der Regierung haben das Gericht des Volkes aufhalten, das Resultat ändern können. Und die von den Machern der christlichen Gewerkschaften und den Führern der schwarz-blauen Parteien am letzten Ende noch ins Werk gesetzte Beeinflussung der Staatsbeamten und Arbeiter hat kaum mehr als hille Heiterkeit bei den Objekten dieser christlich-schwarz-blauen Wahlmacht und Verachtung bei allen anständig denkenden Menschen ausgelöst. Und daß just die Führer der „christlich-nationalen“ Arbeiter sich zu diesem reaktionären Kulissenstück hergeben, gibt der Sache noch eine besondere Note. Es zeigt nämlich, daß diese angeblichen Arbeiterführer nichts sind als Marionetten der Parteiregisseure und Handlanger der hinter den Parteien stehenden Kapitalistengruppen. Dabei und daran ist der sogenannte Liberalismus nicht nur mits, sondern hauptsächlich. Hat doch selbst die „demokratische“ „Frankfurter Zeitung“ die Beamten an ihren „Treueid“ erinnert, der sie verpflichtete, gegen den Sozialdemokraten und für den fortschrittlichen Einseitig-Andersseitigpolitiker zu stimmen. Diese Versuche, das geheime Wahlrecht für bestimmte Bevölkerungsgruppen aufzuheben oder doch einzuschränken, verdienen allerhöchste Zurückweisung. Um so schärfere, wenn solche Versuche von einer Partei ausgehen, die sich als Hüterin des geheimen Wahlrechts gebärdet.

Am 12. Januar haben glücklicherweise alle solche Versuche nur wenig gefruchtet. Das Volk hat zu schwer an der Politik des verlassenen Reichstags zu tragen; das Bestreben, dieses Joch abzuschütteln, war so allgemein, daß es mit schönen Versprechungen und väterlichen Ermahnungen nur dort zu unterdrücken war, wo die politische Reife alles zu wünschen übrig läßt. Und das ist leider in noch allzu großen Teilen Deutschlands der Fall. Die mangelhafte Schulbildung, die viel Religion und wenig Bürgerkunde, viel Bibelsprüche und wenig oder gar keine Kenntnis des Staatswesens vermittelt, züchtet politisches Treibholz statt politisch einsichtiger Männer. Nun, da die Organisationen der Arbeiter Fuß gefaßt und den einzelnen in das Bereich des wirtschaftlichen und politischen Kampfes hineinziehen, tritt die klare Erkenntnis, das zielbewusste Wollen an die Stelle der tastenden, schwankenden Augenblickspolitik. Daraus erklärt es sich, daß auch dieser Wahlkampf noch vereinzelt Enttäuschungen brachte, daß besonders das Zentrum, diese Partei der strapellosten politischen Heuchelei und der rücksichtslosesten Volksbedrückung, kaum viel von seiner früheren Stärke einbüßen wird. Wir haben eben noch zu viele Kreise, in denen das politische Leben 4 Jahre und 9 Monate ruht, dann drei Wahlmonate hochgetrieben wird, um nach der Wahl sofort wieder zu verebben. Und wir haben Kreise, in denen die Bevölkerung ihre Bürgerrechte nur ausübt auf Befehl und im Sinne ihrer sogenannten geistlichen Väter. Die Macht der katholischen Kirche ist gewiß nicht unzerstörbar, aber sie ist ungleich stärker als die der evangelischen, und sie wird mit Eifer und Planmäßigkeit aufrechterhalten und verteidigt. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die katholische Religion ihre Anhänger als Individualitäten aus dem politischen Leben geradezu herausnimmt, um sie als eine einheitliche, von einem zentralen Punkt und nach einem sicheren Plan geleitete Masse hineinzustellen. Dadurch wird, gemäß dem Befehl, daß eine planmäßige Organisation die Kräfte nicht nur sammelt, sondern steigert, die Macht der Kirche und der vor oder hinter ihr stehenden Interessengruppen enorm vermehrt. Die Erfolge der katholischen Religion und ihrer politischen Repräsentation, des Zentrums, sind nicht zuletzt Erfolge der religiösen Disziplin, wenn man will, des religiösen Kadavergehorsams.

Schlechter als das Zentrum, aber immer noch viel zu gut haben die Konservativen abgeschnitten. Zwar ist die konservative Partei die Reaktion und Volksfeindschaft an sich, aber diese Partei stützt sich auf eine Wählerschaft, die zu einem großen Teil Stimmvieh im schlechtesten Sinne des Wortes ist, oft nicht aus eigenem Entschluß, sondern unter dem wirtschaftlichen Druck der „Herren“. Die auf Weisheit des Gutsherrn und unter Aufsicht des Verwalters gemeinsam zur Urne geführten, auf ihre Wahl genau kontrollierten Bondarbeiter sind durchaus nicht nur Witzblattvorlagen, sondern sehr reale Wirklichkeit. Wie überhaupt die preussischen Junker und Junkerchen nicht nur die strapellosten Demagogen, sondern auch die geschicktesten oder doch rücksichtslosesten Wahlmacher sind. Der Liberalismus hat buer, wie auch sonst bei den Hauptwahlen, nur einige Quartiermacher in den Reichstag geschickt. Sein Schicksal entscheidet sich erst bei den Stichwahlen. Wie, das steht noch nicht fest. Das hängt davon ab, mit welchem Geschick und nach welchen Gesichtspunkten die liberalen Führer hantieren und kompromittieren. Es wird ihnen nicht immer leicht werden, sich hier von rechts und dort von links Hilfe zu holen. Vor den Wahlen mimen sie den starken Mann: Der Feind steht links, der Gegner rechts,

hieß es stolz. Jetzt ziehen sie den Hut nach beiden Seiten: Ihr Freunde links, ihr Brüder rechts, kommt her und helft uns streiten, heißt es. Wenn der Liberalismus nicht ein so jämmerliches politisches Gewächs wäre, könnte man ihn bedauern.

Glänzend hat die Sozialdemokratie im Wahlkampf abgeschnitten. Sie hat nicht nur die Scharte von 1907 ausgeweicht, ihre Erfolge bei der Hauptwahl überragen noch erheblich die des Jahres 1903. Sie hat diese Erfolge auch rechtlich verdient. Wo immer es im letzten Reichstag, und nicht nur im Reichstag, Arbeiterrecht zu schützen, Arbeiterinteressen zu wahren gab, trat die Sozialdemokratie auf den Plan. Beim Reichsvereinsgesetz, beim Kalligesez, bei der Reichsfinanzreform, bei der Reichsversicherungsordnung, kurz, immer und überall hatte die Arbeiterklasse in den sozialdemokratischen Abgeordneten sachkundige und energische Vertreter. Und nicht zuletzt haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Ursache, sich über den glänzenden Sieg der Sozialdemokratie zu freuen, denn die Zukunft wird uns bittere Kämpfe um die Arbeiterrechte bringen. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, die schamacherischen Gelüste der Unternehmer, die in der Forderung nach Ausnahmegeetzen münden, zu dämpfen. Und unserm Steuerbuckel wird der neue Reichsstaats zweifellos einige neue Blumen hinzufügen, wenn es nach dem Willen der reaktionären Parteien geht. Es ist Arbeit, viel Arbeit da für eine starke, ehrliche Arbeiterpartei wie die Sozialdemokratie es von jeher gewesen ist und auch in Zukunft sein wird.

Ueber die ziffermäßige Stärke der Parteien geben die bei Wfassung dieser Zeilen vorliegenden Ergebnisse folgendes Bild:

Sozialdemokraten	66
Konservative	27
Zentrum	88
Nationalliberale	4
Fortschrittler	—
Polen, Bündler usw.	27

Die Sozialdemokratie hat mithin schon in der Hauptwahl zirka zwei Dutzend Mandate mehr als 1907 nach der Stichwahl. Fallen die Stichwahlen auch nur einigermaßen günstig aus — die Partei ist an 121 Stichwahlen beteiligt — so wird sie als stärkste Partei in den Reichstag einziehen. Damit ist selbstverständlich keine Umkehrung unserer Politik von heute auf morgen zu erwarten, denn sie wird immer kaum ein Viertel der Abgeordneten stellen. Aber sie kann dann in weit höherem Maße den Gang der Politik beeinflussen, sie kann, je nachdem, treibend oder hemmend wirken, verhüten oder fördern. Und daß sie ihren wachsenden Einfluß nur im Interesse der Arbeiterschaft benutzen wird, steht außer allem Zweifel. Das verpflichtet aber auch alle Arbeiter, nach bestem Können und mit allen Kräften mitzuarbeiten, damit die Stichwahl vollende, was die Hauptwahl begonnen hat.

Kapitalismus und Organisation.

II.

Wohl die auffälligste Erscheinung, die sich zu Beginn der modernen kapitalistischen Produktionsweise bemerkbar machte, war der ungeheure Ueberschuß an Arbeitskräften im Verhältnis zur Nachfrage. Zahllose „Hände“, wie der Engländer die Arbeiter nennt, wurden auf den Markt geworfen. England bietet hierfür ein klassisches Beispiel. Hunderttausende von Landbewohnern, die bisher auf ihrem Eigentum ein, wenn auch kümmerliches Auskommen gefunden hatten, waren von Grund und Boden verjagt worden und trieben sich eritzenslos im Lande herum. Die reichen Landlords enteigneten das Landvolk und verwandelten die Muttererde, die Millionen von Menschen ernährt hatte, in Schafristen und Jagdgründe. Dieses Vorgehen erregte den Zorn des englischen Vordanzlers Thomas Moreus, der in seiner „Utopia“ eine bittere Klage erhebt: „So geschieht es, daß ein gieriger und uneinsichtlicher Viesraub, die wahre Pest seines Landes, Tausende von Morgen Land zusammenpacken und umzäunen darf oder daß er die Eigentümer mit Gewalt zwingt, ihr Land zu verkaufen. Durch ein Mittel oder das andre, es mag biegen oder brechen, werden sie genötigt, fortzuziehen — arme, einfältige, elende Seelen! Männer und Weiber, vaterlose Kinder, Witwen und jammernde Mütter mit ihren Säuglingen, weg schleppen sie sich aus der bekannten und bewohnten Heimstätte in das Glend.“ Diese eritzenslos gemachten Menschen, die zunächst Vagabunden und Räuber wurden, hat der beginnende Kapitalismus diszipliniert und an die Arbeit gewöhnt. Auch die Scharen der adligen Gefolgshäufen, jene Leute, die am Hofe eines reichen Grundherrn herumlungerten, wurden in dieser Zeit auf die Straße gemorfen und dem Hunger überliefert. Das Kapital zog sie an sich und spannte sie in seinen Dienst. Ferner führte der Kapitalismus die gewerbliche Frauen- und Kinderarbeit ein, die das Mittelalter nicht gekannt hatte, und Millionen dieser armen Menschen wurden zu Lohnslaven gemacht. Endlich wurden noch durch das Aufkommen der Großbetriebe zahlreiche Leute, die früher selbständig geworden waren, ins Proletariat hinabgespült. Alle diese besitzlosen Proletarier mußten, um leben zu können, ihre Arbeitskraft dem Kapital anbieten und zur Verfügung stellen. Unglücklicherweise machten noch die neu erfundenen Kraft- und Arbeitsmaschinen viele Hände überflüssig, und so entstand ein Ueberangebot an Arbeitskräften, wie wir es in ähnlicher Weise nur im unterstehenden Römerreich gekannt haben, als immer neue Scharen Kriegsgefangener als Sklaven verkauft wurden. Es

bildete sich eine große industrielle Arbeiterarmee, und die Folge davon war, daß der Preis der Ware Arbeitskraft ganz ungeheuer sank; schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen, miserable Behandlung und Massenarbeitslosigkeit wirkten zusammen, um ein bislang ungekanntes Massenelend zu schaffen.

Das Ausbeutertum feierte förmlich Orgien und nutzte die kapitalistische Raubtierfreiheit nach Herzenslust aus. Aber die armen, verelendeten Proletarier griffen nach der Organisation als ihrem Rettungsmittel. Zunächst richteten sie ihren Blick einzig und allein auf die schnelle, radikale Umgestaltung der Gesellschaft, dann aber nahmen sie den wirtschaftlichen Kampf mit dem Kapital kraftvoll und zielbewußt auf. Gleich nach der Märzrevolution des Jahres 1848 gründete der Schriftsetzer Stephan Born und seine Genossen Gewerkschaften mit dem ausgesprochenen Zweck, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erringen. Die hereinbrechende Reaktion vernichtete diese jungen Blüten am Baume der Organisation; aber es dauerte nicht mehr lange, und es entstand eine Arbeiterbewegung, deren Erfolge geradezu überraschend sind. Und was wollen denn die Gewerkschaften anders, als das Angebot der Arbeitskraft regeln und dadurch den Preis dieser Ware steigern? Der Kampf um die Arbeitskraft resp. um den Preis der Arbeitskraft ist die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Unternehmer, die in der freien Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ihren Vorteil sahen, wollten natürlich von einer Regelung des Angebots nichts wissen und darum waren sie Gegner der Gewerkschaftsbewegung. Sie appellierten an den Freiheitsstimm der Arbeiter und benutzten die Gewerkschaften als das Grab der persönlichen Freiheit. Und als die Arbeiter über diesen Humbug lachten, wurde von allen Seiten der Versuch gemacht, die Gewerkschaften zu schwächen oder ganz zu unterdrücken. In den Erfolgen der Gewerkschaften liegt der Erklärungsgrund für die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Unternehmer. Merkwürdigerweise gründeten dieselben Leute, die auf dem Arbeitsmarkt den Organisationsgedanken bis aufs Blut bekämpften, auf dem Warenmarkt strotzende, geschlossene Organisationen. Dieselben Leute, die den Zwang der Gewerkschaften verurteilten, unterwarfen sich in ihren Kartellen, Trusts und Syndikaten einem Zwang, der viel schlimmer ist als der gewerkschaftliche Zwang. Dieselben Leute, die über Terrorismus schreien, wenn ein Arbeiter seinen Kollegen in die Gewerkschaft hineinzubringen versucht, üben auf ihren außenstehenden Kollegen, der sich nicht anschließen will, einen Druck aus, der auf die rücksichtslose Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz gerichtet ist. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Auf dem Warenmarkt sind die Unternehmer Verkäufer und deshalb befinden sie sich schon an und für sich den Käufern gegenüber im Nachteil. Nun kam noch hinzu, daß der Warenmarkt kolossal überfüllt war. Infolge der verbesserten Arbeitsmethoden sowie der technischen Erzeugnisse waren die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit ganz ungeheuer gestiegen. Es wurden massenhaft Waren erzeugt und auf den Markt geworfen, viel mehr, als der Weltmarkts-Wagen verdauen konnte. Die Kaufkraft der Massen hatte mit der Produktionskraft der Arbeit nicht gleichen Schritt gehalten. Die Folge davon war ein Sinken der Warenpreise, die häufig unter die Selbstkosten heruntergingen. Jetzt griffen auch die einstmals so organisatorisch feindlichen Unternehmer zur Waffe der Organisation. Sie schlossen sich mit ihren Berufsgenossen zu Vereinigungen zusammen, die den Zweck hatten, die Produktion zu regeln, das Angebot an Waren zu vermindern und dadurch die Preise zu steigern. Wir weisen hin auf das Kohlen Syndikat, das jedem Mitglied vorschreibt, wieviel Kohlen es jahraus jahrein fördern darf und welche Preise es zu nehmen hat. Hier ist die freie Konkurrenz vollständig ausgeschaltet, und der freie Unternehmer ist zu einem Sklaven des Kartells geworden, das ihn kontrolliert und mit Luchsaugen überwacht. Ähnlich liegt es auf den meisten andern Wirtschaftszweigen: Die Kapitalisten haben ihre Freiheit, die löbliche Gut, auf dem Altar des Gottes Mammon geopfert, um höhere Preise und größere Gewinne zu erzielen.

Auf der andern Seite erkannten aber auch die Konsumenten die Gefahr, die ihnen drohte. Sie empfanden an ihrem Geldbeutel die zunehmende Steigerung der Warenpreise, und besonders die denkenden Proletarier sahen ein, daß der höhere Preis, den sie infolge der gewerkschaftlichen Organisationen für ihre Arbeitskraft bekamen, durch die höheren Warenpreise völlig aufgehoben wurde. Die Relativität des Arbeitslohns kam ihnen zum Bewußtsein, indem sie merkten, daß es nicht allein auf die Höhe des Geldlohns ankommt, sondern auch darauf, was man sich für den Lohn kaufen kann. Deshalb suchten sie nach Mitteln und Wegen, um der fortwährenden Erhöhung der Preise Einhalt zu tun. Und auch hier bot sich ihnen die wirtschaftliche Organisation als geeignete Waffe gegen die Koalition der Unternehmer und Händler. So entstanden die Konsumgenossenschaften, die die Verteilung der Güter in geordnete Bahnen lenken und der Ueberverteilung der Käufer ein Ziel setzen wollen. Als Käuferorganisationen haben sie einen verhältnismäßig günstigen Stand, und hieraus erklären sich die geradezu wunderbaren Erfolge, die sie aufzuweisen haben, und hieraus erklärt sich auch die großartige Entwicklung, die ihnen bevorsteht, wenn erst die Käufermassen sich ihrer Macht und ihrer Bedeutung bewußt werden. Allerdings ist diese Form der Konsumgenossenschaft nicht auf die Konsumenten beschränkt geblieben, denn

auch die Großhändler gründen Einkaufsgenossenschaften, aber das tut der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung keinen nennenswerten Abbruch. Komisch ist es nur, daß auch hier dieselben Leute, die sich zum Zweck des gemeinschaftlichen, organisierten Kaufens zusammenschließen, andre Menschen, die das gleiche Mittel anwenden, als Feinde der Gesellschaft hinstellen. Aber diese doppelte Moral fällt ja heute kaum noch auf.

So sehen wir, wie auf dem Warenmarkt eine Regelung der Gütererzeugung und Güterverteilung mit Hilfe der Unternehmerparteielle und der Konsumentenorganisationen angestrebt wird. Aber auch auf dem Arbeitsmarkt macht sich dieselbe Bewegung bemerkbar. Nachdem die Arbeiter, als Verkäufer ihrer Arbeitskraft, die Gewerkschaften gegründet und ausgebaut hatten, erwachten auch die Unternehmer und fingen an, sich zu organisieren. Sie wurden ausgereizt durch die gewerkschaftlichen Erfolge in bezug auf Lohn und Arbeitszeit und da sie eine Schwächung ihres Gewinns befürchteten, verflatterten ihre Freiheitssprüche wie Dampf im Vergelände. Den Arbeitnehmerorganisationen gegenüber bildeten sich die Arbeitgeberorganisationen mit dem ausgesprochenen Zweck, die Preissteigerung der Ware Arbeitskraft zu hemmen oder vielmehr den Preis der Arbeitskraft herabzubringen. Die Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen hat unverkennbare Ähnlichkeit mit der der Gewerkschaften. Zuerst waren sie lokaler Natur, dann aber wurden sie zu großen Verbänden ausgestaltet, die sich über das ganze Land ausdehnten. Auch das Unterstützungswesen wird in ihnen immer mehr ausgebaut, und wenn man die Gewerkschaften als Streikvereine bezeichnet, so verdienen die Arbeitgeberverbände den Namen Aussperrungsvereine. Daß die Organisationen der Unternehmer im Laufe der letzten Jahre sich kräftig entwickelt haben und zu einer Macht im Wirtschaftsleben geworden sind, kann heutzutage nicht mehr bestritten werden, ebensowenig, wie sich bestritten läßt, daß sie infolge intensiver Agitation eine immer größere Anziehungskraft auf die Arbeitgeber ausüben. Man höre nur die Lockrufe, mit denen die Arbeitgeberzeitungen zum Zusammenschluß einladen, und man wird es verstehen, daß sich immer mehr Unternehmer ihrer Berufsorganisation anschließen. Das darf allerdings die Gewerkschaften und ihre Mitglieder nicht mutlos machen und ihnen den Gedanken einflößen, daß die Gewerkschaftsbewegung auf die Dauer gegen die Arbeitgeberverbände nicht aufkommen könne, im Gegenteil soll uns das Erfahren der Gegner veranlassen, nun erst recht alle Kraft daran zu setzen, die Arbeiterorganisationen nach innen und nach außen zu kräftigen und zu festigen. Wenn erst die über große Mehrzahl der Proletarier den hohen Wert der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation als Waffe im wirtschaftlichen Kampf erkannt hat, wenn erst die Ueberzeugung, daß das Koalitionsrecht zu einer Koalitionspflicht erweitert werden muß, in der Brust eines jeden Arbeiters lebt, dann werden die Erfolge nicht ausbleiben.

Wir kommen zum Schluß und fassen unsere Ausführungen dahin zusammen: Der Kapitalismus hat versucht, die Organisationslosigkeit zum Prinzip des modernen Wirtschaftslebens zu machen, aber er wurde durch die Wucht der Entwicklung dazu gezwungen, das Organisationsprinzip als das richtige anzuerkennen. Zuerst haben die Arbeiter das Banner der Organisation entrollt, und dann sind ihnen die Kapitalisten gefolgt. Heute hat der Organisationsgedanke auf der ganzen Linie gesiegt. Schon heute steht Organisation gegen Organisation, und in der Zukunft werden die wirtschaftlichen Kämpfe nur noch im Rahmen der Organisation geführt werden. Die Zeit des unorganisierten Kampfes ist vorüber, und es ist ein verhängnisvoller Fehler, wenn gewisse Leute dem Proletariat erzählen wollen, daß die unorganisierte, unbeherrschte Masse die Schlachten der Zukunft schlagen werde. Gerade im Gegenteil lehrt uns die Erfahrung, daß nur dort Aussicht auf Sieg vorhanden ist, wo eine starke Organisation, die von dem Willen der Massen getragen wird, ihre Forderungen stellt und ihnen Nachdruck verleiht.

Brutus.

Die Terroristen.

Als Ergänzung zu dem Terrorismsgesetz der Unternehmer können auch die folgenden Fälle dienen. Vom schamlos-wirtschaftlichen Geiz des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe wird jetzt folgendes Statut berichtet:

„Zur gefälligen Beachtung.“

Um für die Folge Streit und Ausperrungen im Baugewerbe nach Möglichkeit zu vermeiden, ist die Schaffung eines Bezugsgebietes in dem demselben Arbeitgeberverband für das Baugewerbe beizufügen.

Da nun die Arbeitgeber des Baugewerbes nicht allein, sondern auch die Baumaterialienhändler und Lieferanten großes Interesse an dem Frieden im Baugewerbe haben, so kann den Arbeitgebern des Baugewerbes nicht zugemutet werden, neben dem erheblichen Beitrag hierzu allein das Geld für den Bezugsgebiet einzubringen. Es ist daher vereinbart, daß die Baumaterialienhändler und Lieferanten zur Annahme des Bezugsgebietes beitragen, indem sie vom 1. Januar nächsten Jahres an ein Prozent des Rechnungsbetrages in Form einer Marke, die bei der Geschäftsführung offen, Rechnung 86, zu haben ist, und jedesmal auf die Rechnung zu stehen ist, als Kasse zu zahlen.

Alle Mitglieder wollen Waren nur von den Lieferanten beziehen, die in der oben erwähnten Weise die allgemeine Sache des Baugewerbes unterstützen.

Für die Lieferanten heißt es da einfach: Vogel frei oder nicht? Die Lieferanten, die ihre Waren auf solche bezeichnende Weise liefern, sind nicht mehr über den angeblichen Landbesitz der Arbeiter zu kümmern und gegen diese Zustimmungsgelege zu verlangen.

Nach dieser werden die Lieferanten der Unternehmer herangezogen in jedem Stadium des Baugewerbes Unternehmerverbandes, das hier am 21. Dezember wegen des Streiks in der Bauindustrie in Hamburg an den Unternehmerverband Kaufleute richtete:

„Auf die Seite vom 8. 12. erwidern wir Ihnen hiermit, daß nach der von der Arbeiter-Gewerkschaft der Holzwerker hergeleiteten Aufforderung, die Firma sehr schnell bei uns eintrifft, und zwar in Hamburg. Die Kollegen Sie, ausserdem wegen Entlassung des Schlossers Kobemund sofort das Weiter zu veranlassen und uns von dem Erfolg Ihrer Bemühungen gef. geben Mitteilung zu machen.“

Der Unternehmerverband Hamburg hat bereits alle den Unternehmerverband in Hamburg auf, einen Arbeiter zu entlassen, ihn gerade zu machen. Er hindert alle den zur Arbeit durchsichtigen Kollegen an der Arbeit, bringt alle zur Lat, die nach einem Arbeiter mit Zustimmung geschieden werden sollte. Und da schon jetzt wieder das gesamte Gewerkschaftswesen nach Aufnahme der Zustimmungsgegen gegen die Arbeiter.

Die Industrie Frankreichs.

Das Ministerium der Arbeit und der sozialen Fürsorge gab jüngst die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung heraus, die am 4. März 1906 im Anschluß an die Volkszählung durchgeführt wurde. Es wurden insgesamt 20 720 879 erwerbstätige Personen ermittelt (gegen 19 715 075 1901 und 18 994 051 1896), und zwar in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei 8 955 053, in der Industrie 6 260 243, im Transportwesen 887 387, im Handel und Verkehr 2 002 651, in den freien Berufen 433 179, in der persönlichen und häuslichen Dienstleistung 1 012 232 und im öffentlichen Dienst 1 220 154. Auf die Industrie trafen also nur 30 Prozent oder nicht ganz ein Drittel der Erwerbstätigen.

Nicht in Betrieben von Unternehmern, sondern als selbständig oder selbstständig erwerbende „Einzelpersonen“ waren 2 215 632 Männer und Knaben sowie 1 955 637 Frauen und Mädchen tätig (zusammen 4 171 269 Personen oder 20 Prozent von allen). Diese Tatsache zeigt schon an, daß die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs sehr zurückgeblieben ist. Arbeitlos waren am Zählungstage 238 657 Personen, in den Betrieben beschäftigt dagegen über 16 Millionen, nämlich 6 286 507 Betriebsinhaber, 2 117 487 Angestellte und 7 908 959 Lohnarbeiter; diese repräsentierten 38 Prozent aller Erwerbstätigen und 48 Prozent aller in Betrieben tätigen Personen — wieder ein Beweis, daß der Kapitalismus in Frankreich noch lange nicht zu der Höhe entwickelt ist, wie etwa in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Zahl der Betriebe aller Art nahm von 3 184 409 in 1901 auf 3 720 565 in 1906 zu; hiervon entfielen auf die Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei 2 561 103, auf die Industrie 673 193, auf das Transportwesen 24 498, auf Handel und Verkehr 375 721 usw. In 1 407 047 Betrieben waren nur 1 Arbeiter tätig, 1 218 267 Betriebe beschäftigten je eine Hilfsperson, in 525 408 Betrieben waren je 2 Personen tätig, in 231 820 Betrieben je 3 Personen usw. Zweigbetriebe wiegen sehr stark vor; die Zahl der Großbetriebe ist dagegen verhältnismäßig gering. Von allen Gehilfenbetrieben der Industrie und des Transportwesens *) beschäftigten

1-5 Personen	24,6%	24,8%
6-10 "	7,2%	6,7%
über 10 "	68,2%	68,7%

Die Veränderungen in der Verteilung der Betriebe nach Größenklassen waren seit 1901 im ganzen unbedeutend.

Von allen in der Industrie erwerbstätigen Personen waren im Jahre 1906 Betriebsinhaber 812 590, Angestellte 219 498, in den Betrieben beschäftigte Lohnarbeiter 4 374 463, Arbeitslose 129 266, Einzelpersonen 1 661 426; die Lohnarbeiter bildeten 55 Prozent oder etwas mehr als die Hälfte aller industriell erwerbstätigen Personen.

Von den in der Statistik unterschiedener Industriegruppen sieht hinsichtlich der Zahl der tätigen Personen die Bekleidungsindustrie an erster Stelle, denn in ihr fanden 1 551 131 Personen Erwerb; dann kommen die

Zur Stichwahl!

Die Hauptwahl ist vorüber. Die Partei des arbeitenden Volkes hat einen glänzenden Sieg errungen. Jetzt muß die Stichwahl vollenden, was der 12. Januar begonnen. Es gilt neuen Kampf zu führen, neue Siege über die volksfeindlichen Parteien zu erringen. Unsere Kollegen können auch bei den Stichwahlen ganz selbstverständlich nur für Kandidaten eintreten, die sich verpflichten, das arbeitende Volk vor weiterer Belastung durch neue Steuern zu schützen und die Arbeiterrechte zu achten.

Wo ein Sozialdemokrat in Stichwahl steht, ist die Entscheidung leicht; wo zwei bürgerliche Kandidaten sich um das Mandat bewerben, können unsere Kollegen ihre Stimme nur für den abgeben, der sich schriftlich oder vor Zeugen verpflichtet, einzutreten:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag,
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts,
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafgesetzbuchs,
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmengesetz,
5. gegen jede Erhöhung der Zölle auf die Verbrauchsartikel der großen Massen und
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Massen.

Kollegen, ein wichtiger Entscheid ist mit in Eure Hand gegeben. Erschließet Eure Pflicht!

Textilindustrie mit 913 989 Personen, die Metallindustrie mit 856 548 Personen, die Holzindustrie mit 704 695 Personen, die Bauindustrie mit 550 130 Personen, die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie mit 479 061 Personen usw.

Wir wollen nun einige jener Industrien etwas näher betrachten, die für die Partei dieses Organs von besonderem Interesse sind.

Die chemische Industrie hat in den 5 Jahren 1901-1906 erheblich an Umfang gewonnen, was der nachstehende Vergleich anschaulich macht. Es waren erwerbstätig

Personen überhaupt	1906	1901
darunter:	124 644	109 796
Betriebsinhaber	5 984	5 744
Angestellte	20 531	101 901
Lohnarbeiter in den Betrieben	96 350	366
Am Zählungstage arbeitslose Personen	366	438
Einzelpersonen	1 413	1 708

In dieser Industrie sind die große Mehrheit der tätigen Personen Lohnarbeiter und Angestellte. 1906 waren die Lohnarbeiter mit 77 Prozent und die Angestellten mit 16 Prozent vertreten. In den Vergleichstabellen für 1901 werden beide Klassen zusammengefaßt. Von den Betrieben der chemischen Industrie beschäftigten

1-5 Personen	2354	2850
6-10 "	772	681
11-20 "	616	620
21-100 "	762	700
über 100 "	214	174
Gesamtbetriebe überhaupt	5228	5035
Betriebsinhaber von Inhabern	127	?
Zusammen	5355	?

Im Jahre 1906 konnten dazu noch 10 Betriebe ohne Angabe der Zahl der beschäftigten Personen. In dem Zeitraum 1901-1906 vergrößerten sich die Großbetriebe (mit über 100 Arbeitern und Angestellten) um 30, ohne daß eine Abnahme der Kleinbetriebe eintrat. Unter den 204 im Jahre 1906 geschätzten Großbetrieben befanden sich 109 mit je 101-200 Personen, 76 mit je 201-500 Personen, 13 mit je 501-1000 Personen und 6 mit mehr als je 1000 Personen. In den 19 Betrieben mit je über 500 Arbeitern und Angestellten waren 21 761 Personen beschäftigt, in den Betrieben mit je 101-500 Personen 37 349, in den Betrieben mit 21-100 Personen 33 094 und in den kleinsten Betrieben 21 677 Personen.

*) In der Reihenfolge der amtlichen Statistik sind die beiden Wirtschaftsklassen zusammengefaßt.

In der Gruppe Textil- und Papierindustrie nahmen die tätigen Personen von 70 451 in 1901 auf 84 655 in 1906 zu, wovon 15 590 auf die Papierindustrie, 40 592 auf die Textil- und Kartonnagen- und Papierwarenherstellung trafen. Unter der Gesamtzahl der Personen befanden sich 1906 8091 Betriebsinhaber, 5593 Angestellte, 72 212 Lohnarbeiter in den Betrieben, 1116 Arbeitslose und 2044 Einzelpersonen. In der Papierindustrie gab es nur 355 Betriebsinhaber und in der Papierherstellung 670. Die Zahl der Angestellten betrug in der Papierindustrie 1823 und in der Papierherstellung 2012; die Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter war in der ergründeten Industrie 13 235, in der letztgenannten 37 508. Im Jahre 1906 befanden sich unter insgesamt 2487 Betrieben der Industrie-Gruppe Papier und Textil 103 Kleinbetriebe von Inhabern; davon trafen 97 auf die Erzeugung von Kartonnagen und Papierwaren. Nach der Betriebsgröße gruppierten sich die Gehilfenbetriebe 1906 und 1901 wie folgt:

Betriebe mit je	1906	1901
1-10 beschäftigten Personen	1391	1341
11-20 "	351	297
21-100 "	443	485
über 100 "	179	159
Zusammen	2364	2232

In 19 Betrieben mit mehr als je 500 Beschäftigten waren 1906 insgesamt 16 004 Arbeiter und Angestellte tätig, in 180 Betrieben mit je 101-500 Beschäftigten 30 543, in 152 Betrieben mit je 51-100 Beschäftigten 11 072 usw. Wenn die Kartonnagen- und Papierwarenherzeugung aus dieser Industrie-Gruppe ausgegliedert würde, so wäre das Vorwiegen des Großbetriebes noch stärker.

In der Zuckerraffination wurden 1906 21 028 erwerbstätige Personen ermittelt, und zwar 403 Betriebsinhaber, 3032 Angestellte, 17 303 Lohnarbeiter in den Betrieben und 104 Arbeitslose. Von den 806 Betrieben beschäftigten 109 bis zu 10 Personen (insgesamt 421), 72 11-20 Personen (insgesamt 1103), 151 21-50 Personen (insgesamt 4924), 43 51-100 Personen (insgesamt 3103) und 31 mehr als je 100 Personen (zusammen 10 834). — Vergleichszahlen pro 1901 mangeln.

In der Ziegelei und Erzeugung von Mägen sowie andern gewöhnlichen Tonwaren betrug 1906 die Zahl aller erwerbstätigen Personen 55 889; davon waren 7022 Betriebsinhaber, 1528 Angestellte, 45 174 in den Betrieben beschäftigte Lohnarbeiter, 626 arbeitslose Personen und 2639 Einzelpersonen. Die in den Betrieben beschäftigten Lohnarbeiter bildeten 81 Prozent aller in der Ziegelei usw. Erwerbstätigen. Von allen 6194 Betrieben beschäftigten 210 gar keine Arbeiter; die übrigen gruppierten sich nach der Größe wie folgt:

Betriebe mit je	Zahl der Betriebe	Gesamtzahl der beschäftigten Personen
1-10 Personen	5224	15 544
11-20 "	353	5 183
21-50 "	252	8 136
51-100 "	92	6 477
101-500 "	62	10 136
über 500 "	1	1 400
Zusammen	5984	46 876

Der Zahl nach überwiegen hier wohl die sehr kleinen Betriebe, die aber an wirtschaftlicher Bedeutung von den größeren Betrieben übertraffen werden.

Die Erwerbsarbeit weiblicher Personen ist in Frankreich überhaupt, und besonders auch in der Industrie, sehr umfangreich. Im Jahre 1906 gehörten von allen 20 715 Millionen erwerbstätigen Personen 7 693 412 oder über 36 Prozent dem weiblichen Geschlecht an. 1901 war die entsprechende Verhältniszahl 36 Prozent, 1896 35 Prozent. In der Industrie befanden sich unter den 6 260 243 Erwerbstätigen 2 229 930 weibliche Personen (oder 36 Prozent). Am meisten herrscht die Frauenarbeit vor in der Bekleidungsindustrie, in welcher die Zahl der tätigen weiblichen Personen 1 340 131 betrug; auf 100 männliche Personen kamen 807 weibliche (1901 778 1896 675). In der Textilindustrie waren im Jahre 1906 510 632 weibliche Personen tätig. In allen andern Industriezweigen waren die weiblichen Personen zahlreicher als die weiblichen. In der chemischen Industrie waren 14 731 Frauen und Mädchen tätig (12 Prozent), in der Papier- und Papierherstellung 3715 (18 Prozent) und in der Ziegelei und Erzeugung von Mägen 4409 (8 Prozent). Nach ihrer wirtschaftlichen Stellung gliederten sich die weiblichen Erwerbstätigen in diesen vier Industrien wie nachstehend angegeben:

Wirtschaftliche Stellung	Chemische Industrie	Papier- u. Papierherstellung	Zuckerfabrikation	Ziegelei usw.
Betriebsinhaberinnen	454	759	5	588
Angestellte	1 244	793	49	64
Arbeiterinnen in den Betrieben	12 866	30 121	3616	3680
Arbeitslose	131	670	35	21
Einzelpersonen	36	2 343	—	56
Zusammen	14 731	34 686	3715	4409

Die große Mehrheit der in den vier Industrien tätigen weiblichen Personen sind Lohnarbeiterinnen; für die Industrie im ganzen trifft das nicht zu, denn von allen 2 229 930 industriell tätigen weiblichen Personen waren bloß 925 110 in den Betrieben beschäftigte Lohnarbeiterinnen; allerdings ist nicht feststellbar, wie viele Heimarbeiterinnen sich unter den „Einzelpersonen“ bezaubten.

Papier-Industrie

+ Gute Aussichten für die Unternehmer.

Ueber die Lage der Papierindustrie hat der bekannte Statistiker Salver eine Umfrage bei den wirtschaftlichen Organisationen der Papierindustrie sowie bei einigen größeren Betrieben veranstaltet. Er scheint von dem Engagements der Unternehmer sehr enttäuscht zu sein. „Die Bereitwilligkeit zu dieser Auskunft ist nicht sehr groß gewesen“ schreibt er bedauernd. Ueber die Zelluloseindustrie berichtet ein Betrieb sehr günstig, soweit die Absatzverhältnisse in Frage kommen, dagegen werden die Preise als ungenügend, die Preise der Rohstoffe hingegen als hoch bezeichnet. Die Firma bemerkt aber ausdrücklich, daß sie hauptsächlich deshalb zu unglücklichen Preisen verkaufen muß, weil sie noch alte Bestände zu erledigen hat; bei neuen Aufträgen werden höhere Preise berechnet. Ein anderer Betrieb berichtet ähnlich. Damit scheint die Ausbreitung der Umfrage erhofft zu sein. Ein Resultat, das den Papierfabrikanten nichts weniger als Ehre macht.

Die Absatzverhältnisse der Papierindustrie haben sich im verflossenen Jahre günstig entwickelt. Die Ausfuhr stieg gegen das Vorjahr um rund 20 Prozent. An der Aufwärtsentwicklung haben fast alle Zweige der Papierindustrie teilgenommen; nur die Ausfuhr von Papeten und Aufhängelatern ist zurückgegangen.

Mit der besseren Konjunktur setzte sofort eine rege Unternehmerräuferei ein. Es ist ja eine alte Erfahrung, daß das Kapital schlächter wird, wenn die Profite sinken und ungenügend, wenn sie steigen. Bis Anfang November waren im Jahre 1911 bei Aktiengesellschaften usw. der Papierindustrie 17,48 Millionen Mark Kapital neu angelegt, davon entfielen 8,10 Millionen auf Kapitalerhöhungen und 8,38 Millionen auf neue Anlagen.

Die Gewinne der Fabrikanten sind nicht unwesentlich gestiegen. Die 64 Aktiengesellschaften, deren Geschäftsberichte herausgegeben und mit denen des Vorjahres vergleichbar sind, verteilten 7,49 Millionen Mark

Die Dividende gegen 6,88 Millionen Mark im Jahre 1909. Der durchschnittliche Prozentsatz stieg von 5,2 auf 6,5 Prozent. Das laufende Jahr dürfte, als Folge der Reichstagswahlen, noch bessere Gewinnersultate für die Unternehmer bringen. Wenn die Arbeiter auf dem Boden sind, werden sie dabei nicht ganz leer ausgehen. Es gilt nur, die Organisation stark und schlagfertig zu machen, dann werden sie für ihre Ansprüche auch weniger taube Ohren finden.

Unfälle.

Der 17 Jahre alte Fabrikarbeiter Paul Leßfeldt von Hohenberg erlitt in der Papierfabrik Hoffmann-Eugelmann einen schweren Unfall dadurch, daß er sich an einer Kalandermaschine den halben Arm förmlich abschaltete.

Verschiedene Industrien

Die armen Unternehmer.

Die „Gummizeitung“ und die „Farbenzeitung“, die beide in der großen Zeitungsfabrik „Union“, Deutsche Verlagsgesellschaft, Zweigniederlassung Berlin, hergestellt werden, bringen beide zum Jahresabschluss einen Artikel „Zur Jahreswende“, der sich mit der Wirtschaftspolitik Deutschlands und ihren Folgen befaßt. Daß bei ihren Betrachtungen auch für die Arbeiterfrage und ihre wichtigste parlamentarische Vertretung, die Sozialdemokratie, einige Späne abfallen, versteht sich am Rande.

Unter dem Stichwort „Politische Lage“ wird u. a. gesagt:

„Es ist hier nicht der Ort, Untersuchungen über die politische Konstellation anzustellen oder zu prüfen, wie sich die Politik des Reiches mit den Zuständen in den einzelnen Kulturländern abfindet. Aber das muß gesagt werden, daß die nächste Zeit für das Deutsche Reich ganz außerordentliche Aufgaben bringen wird, und daß es namentlich nicht zu umgehen sein dürfte, vor der Welt zu beweisen, daß Deutschland seinen Platz im Rate der Völker in der vorberstehenden Reihe einzunehmen gewillt ist.“

Diese Stilllegung zeigt eine von dieser Seite sonst nicht geübte Bescheidenheit, denn beide Organe erklären nur, daß Deutschland gewillt ist, seinen Platz „in der vorberstehenden Reihe“ einzunehmen. Wie das geschehen soll, wird zwar nicht angedeutet, aber zwischen den Zeilen klingt es durch: Ausbau des Heeres und der Flotte, also Steigerung der Militärausgaben und daraus folgend: Ausbringung der Mittel durch indirekte Steuern, durch Belastung des gesamten Volkes, Schonung des Geldwertes der besitzenden Klasse. Daß auch diese Politik an den Rand des Verderbens führen kann, sagt keines der beiden Organe, aber einige spätere Auslassungen die sich unter dem Stichwort „Innere Lage“ befinden, zeigen die Folgen der Jollpolitik in der Praxis. Wir kommen darauf noch zu sprechen.

Unter dem Stichwort „Gesetzgebung“ wird geklagt über die soziale Belastung, die im Jahre 1910 noch gestiegen ist. Sogar die bange Frage wird aufgeworfen, „ob der deutsche Gewerbebestand unter solchen Verhältnissen noch leistungsfähig bleiben kann“. Wir meinen, es ist geradezu freivol, wenn die Organe der Farben- und Gummifabrikanten erneut ein Indianergescheh über die Steigerung sozialer Lasten ankündigen, zumal feststeht, daß die sozialpolitische Belastung in keinem Verhältnis zu der Gewinnaufsteigerung steht, der sich besonders die Farbenindustrie und auch 1910 die großen Gummiverteiler zu erfreuen hatten. Wenn allerdings weiter gefagt wird, daß das Deutsche Reich wenig zur Förderung, Festigung und zum Schutz des Gewerbestandes getan hat, so ist das so allgemein nicht zu. Gerade die Schutzpolitik hat das Karrierewesen, das preisvertuernd und gemühtbringend für eine Anzahl der Unternehmer und Aktionäre gewirkt hat, im allerweitesten Maße begünstigt. Wenn hier und da durch das Kartellwesen der „Herr-im-Hause“-Standpunkt auch etwas lädiert wurde, so kann dafür die Gesetzgebung nicht verantwortlich gemacht werden. Allerdings haben Mittelstand und Kleinhandwerk von der Jollpolitik nur Schaden gehabt und das sehr schmerzhaft. Beginnen vielfach mit Einbuße ihrer Selbstständigkeit, ihrer Unabhängigkeit bezahlen müssen.

Natürlich können sich beide Blätter nicht verneinen, für Kolonialpolitik einzutreten. Zwar haben sie Bedeutung die anfänglich der Marokkoaffäre neu erworbenen Kolonien, treten aber ein für den Erwerb solcher Kolonien, die imstande sind, den deutschen Bevölkerungsüberschuß aufzunehmen. Dennoch waren die Sozialdemokraten bisher mit ihrer Meinung über die Kolonien nicht im Unrecht. Wenn von Bevölkerungsüberschuß und dessen Abfluß nach Kolonien gesprochen wird, so meinen die Kapitalisten und ihre Goldschreiber damit natürlich nur die Arbeiter, die gut genug dafür sind, nach solchen fragwürdigen Ländern abgehoben zu werden. Am liebsten wäre es besonders den Erbschaftsmachern der Industrie, wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nach dem Pfeiferlande geschickt würden. Allerdings würde dem deutschen Volk durch diese Maßnahme ein viel schwererer Schaden zugefügt werden, als wenn man die unartigen Aktionäre, Großindustriellen und Großgrundbesitzer dorthin verweisen würde. Schaden könnte es gar nicht, wenn alle diese Kolonialschwärmer einmal ihr Fortkommen in den Kongoflämpfen Afrikas praktisch versuchen würden, vielleicht als Rohlaufschammler oder als Kameltreiber. Sie würden bald herausfinden, daß dort auf diese Art nichts zu holen ist und gründlich von ihrer Schwärmerlei geheilt werden. Für Deutschland wäre die Sache nur von Vorteil, denn das deutsche Volk würde eine große Anzahl Müßiggänger los, die wie ein Wampyr am Mark des Volkes saugen.

Ueber die „Innere Lage“ Deutschlands lassen sich beide Organe u. a. folgendermaßen aus:

„Dem Gewerbebestand fehlt offenbar die rechte Freude am Geschäft, die volle Betätigung an der Arbeit, und es ist ganz bezeichnend, daß ein namhafter Industrieller vor gar nicht langer Zeit erst den Ausspruch getan hat Wir arbeiten nur noch für unsere Arbeiter.“ Soweit hierbei die sozialen Lasten in Frage kommen, haben wir uns darüber so schon ausgesprochen. Aber es ist keineswegs bloß die Sozialpolitik, die den Gewerbetreibenden Sorge einflößt, sondern es ist namentlich das ganze Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber ihren Brotherrn (1), das nach gerade in Unabwägbarkeit und Tyrannie ausartet. In allerneuester Zeit ist man ja sogar in Regierungskreisen hierauf aufmerksam geworden. Es wird auch höchste Zeit, daß in dieser Beziehung etwas geschieht, denn schon fühlen sich die Arbeiter viel, als die Herren der Betriebe. Daß das auf die Dauer nicht gehen kann, ist selbstverständlich, und die Uebergriffe auf diesem Gebiete müssen um so mehr zurückgewiesen werden, als gerade im vergangenen Jahre die Gesetzgebung des Reiches sich wieder fast ausschließlich auf sozialpolitischem Gebiete bewegt hat.“

Die armen Gummi- und Farberwerkslönige! Wußten sie denn gar nicht, daß sich der arbeitserfindliche abgehalfterte Reichstag wenigstens im letzten Jahre vor der Reichstagswahl ein sozialpolitisches Mäntelchen umhängen mußte, damit er seine einseitigen Wähler wieder bei guter Laune hält, die durch die neue Finanzreform größtenteils Löwen gegangen war?

Arme, sehr arme Unternehmer sind es auch, die zu der sonderbaren Erkenntnis gekommen sind, daß sie nur für ihre Arbeiter arbeiten. Bisher arbeiteten nach unserer Auffassung die Arbeiter für die Unternehmer, die dadurch erhebliche Gewinne einbringen konnten. So sollte es nach dem Wunsch der Unternehmer ewig bleiben, und wenn wir nicht ganz irren, ist es auch heute noch so, nur mit dem Unterschied, daß der Jahresgewinn nicht den sich plagenden Direktoren, die die Stelle des früher mitarbeitenden Fabrikbesters verreten, allein zuzuwarten, sondern den Aktionären, den nichtarbeitenden Fabrikbesitzern, zusteht. Das müssen ja herrliche Zeiten für die Arbeiter werden, wenn die Unternehmer die Farben locken, mahlen, sieben, verpacken und transportieren oder in den Gummifabriken bei der Herstellung und Verarbeitung die schweißigsten Arbeiten verrichten, während die Arbeiter mit der Zigarre im Munde nur zusehen und alle Woche ihren Lohn austreichen. Ja, wenn sie so nur noch mit dem Zusehen betenden ließen, diese Arbeiter! Nein, sie „tyrannisieren“ ihren Brotherrn und sind „unabwägig“, dünkten sich als „Herren der Betriebe“, so daß „die Regierung darauf aufmerksam geworden“ ist. Die Aufmerksamkeit der Regierung in Ehren, aber zuvor ging ein widerliches Geschehen der „tyrannisierten Unternehmer“ durch die Lande, das von der Regierung nichts mehr und nichts weniger verlangt, als Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter, z. B. Verurteilung des Streikpostens, Bestrafung bei Einreichung von Lohnforderungen usw.

Wenn es in der Tat so wäre, wie die angelegten Unternehmer sich einbilden, so wäre ihr Geschehen nach Ausnahmegesetzen zu verstehen. In den Händen der satten Unternehmer und ihrer Goldschreiber moß sich die Welt aber ganz anders als in den ausgehungerten Köpfen denkender Ar-

beiter. Nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter haben das Recht über die Tyrannen und Unabwägigen die Feder der Arbeitgeber zu legen, die das Verlangen der Arbeiter nach wirtschaftlicher und politischer Befreiung mit allen Machtmitteln, auch Unabwägigkeiten, und mit brutalen Gewalt erdrücken. Wenn die Arbeiter durch die Jollpolitik eine wertvolle Lebenshaltung bekommen, so sind doch nur die Jollner in Unternehmerrreisen daran schuld. Schließlich sei noch folgende Äußerung an dieser Stelle in Erinnerung gebracht:

„Aber wenn auch unter den derzeitigen Verhältnissen es der Konkurrenz und dem Auslandsmarkt schwer gemacht wird, angemessene Preise zu erzielen, so muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es der erste Grundgedanke jedes Kaufmanns sein muß, unter allen Umständen an seinen Waren zu verdienen, wenn das ist sein Beruf. Ein Geschäft ohne Verdienst kann sich auf die Dauer nicht halten, und es mag noch so viel hin- und herlaufen werden — einmal kommt die Stunde, wo solche verkehrte Wirtschaftsweise zum Zusammenbruch führt. Darum können wir diese Betrachtungen nicht besser schließen, als mit der wiederholten Aufforderung: Arbeiter, haltet die Wägen hoch durch eine geschlossene Organisation!“

Das hier für die Unternehmer als selbstverständlich hingestellt wird, gilt auch für die Arbeiter. Der Arbeiter muß darauf sehen, daß der ihm gezahlte Lohn recht hoch ist, damit er mit seiner Familie nicht an Unterernährung zugrunde geht. Wenn sich deshalb die Massen der Arbeiter lockerten und dadurch ihre Interessen zu mahnen versuchten, so kann ihnen kein vernünftiger Mensch das verargen.

Darum können auch wir diese Betrachtungen nicht besser schließen, als mit der wiederholten Aufforderung: Arbeiter, haltet die Wägen hoch durch eine geschlossene Organisation!

Ein bestrakter Arbeiterkassengegner.

Wir entnehmen der „Chemiker-Zeitung“ folgende Notiz über die Verurteilung eines Unternehmers wegen Nichtbeachtung der Unfallvorschriften. In einer Stärkefabrik war ein Arbeiter beim Einschleusen von Stärke aus den Futurinen in eine Transmissionsnische in die nur 1,55 Mtr. über der Arbeitsfläche befindliche Transmissionsnische gekommen, da sein Kopf von der Schneidemutter erfaßt worden war. Der Arbeiter wurde so schwer verletzt, daß er seinen zahlreichen Knochenbrüchen und inneren Verletzungen bald darauf erlag. Für seinen Tod wurde der Direktor der Stärkefabrik verantwortlich gemacht und Anklage gegen ihn beim Amtsgericht Hofenfalza wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Er hatte im Jahre 1909 als Direktor die Durchführung und Leitung über den technischen Betrieb übernommen. Für technische Neuerrichtungen wurde später ein neuer Betriebsleiter angestellt, der aber technisch nicht vorgebildet war. Darum trat er auch gegen den Direktor zurück, der auch fernerhin häufig Anordnungen gab und bei der Kampagne 1910/11 die technische Verwaltung hatte. Wiederholt hatte bei Revisionen der Gewerker die Schutzvorrichtungen der Fabrik besichtigt und die Arbeiter vor dem Unfall durch Ankerstellung der ihm obliegenden Pflichten geschützt. Aus diesen Ermahnungen beruhte das Gericht den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung zu einem Monat Gefängnis. Er legte gegen diese Entscheidung Revision beim Reichsgericht ein wegen Verletzung des materiellen Rechts. Der höchste Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß ein Kaufmännensmann zwischen dem Verstandenen des Direktors und dem Tode des Arbeiters vorliege. Der Direktor habe diesen Kaufmännensmann auch nicht dadurch unterbrochen, daß er nach seinem Matrikel von der technischen Leitung den Aufsichtsrat auf die bestehende Unsicherheit aufmerksam gemacht habe. Das Reichsgericht verwarf deshalb die Revision als unbegründet.

Ein Unternehmer bestraft, weil er den Arbeiterschuß vernachlässigte.

Das kommt nicht oft vor. Zwar wäre sehr oft Anlaß dazu, aber wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. In der Regel kommt eine Klage erst dann, wenn ein Unfall passiert ist und der Staatsanwalt einschreiten muß. So war es auch in folgendem Fall, über den die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet. Die Inhaber der Juckeralfabrik Gebrüder Ansbach u. Co. in Leipzig, Max Ansbach und Alfred Ansbach, waren angeklagt, weil sie aus Fahrlässigkeit die Verletzung einer Arbeiterin verschuldet haben, indem sie es unterließen, in ihrem Betriebe die nötigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Die Angeklagten sind wegen Nahrungsmittelverletzung bereits verurteilt. Schon am 13. November 1905 ist ihnen von einem Beamten der Nahrungsmittelberufsgenossenschaft bemerkt worden, daß die in den Fußboden eingelassenen Kochkessel nicht sicher abgedeckt seien und daß ein festes Geländer fehle. Die Angeklagten haben dann Sperretiketten angebracht, die aber niemals ihrer Bestimmung gemäß gebraucht worden sind, weil sie den Kocher in seiner Arbeit hinderten. Am 20. Juli 1910, 1/2 Uhr abends, fiel nun die 17jährige Arbeiterin Uta V. beim Betreten des Kochraums in einen Kessel und zog sich schwere Brandwunden zu; sie wurde ins Krankenhaus gebracht und ist jetzt ziemlich geheilt, so daß wahrscheinlich allzu schwere dauernde Folgen nicht zurückbleiben werden. Das Mädchen, das im Keller beschäftigt war, hatte sich die Wendeltreppe hinauf in den Kochraum begeben, um für eine unwohl gewordene Kollegin ein Glas frisches Wasser zu holen. Das Wasser in der Leitung des Kochraums ist stets frisch, weil es fortwährend läuft; hingegen war das Wasser in der Leitung im Keller warm. Das Mädchen trägt eine Brille und beim Betreten des Kochraums besätigen die Brillenläser, so daß sie nichts sehen konnte. Sie hörte das Wasser laufen und fragte, ob es hier frisches Wasser gebe, worauf eine Stimme mit Ja antwortete. In demselben Augenblick war das arme Mädchen auch schon in den Kessel gestürzt. Sie wurde auf ihre Schreien sofort herausgehoben und mit Del besoffen. Sie hatte Brandwunden an Beinen und Armen davongetragen. Der Angeklagte Max Ansbach hatte die Stürze zu behaupten, das Mädchen habe im Kochraum nichts zu tun gehabt, es habe sich links ein bißchen von der Arbeit drücken wollen! Der andere Angeklagte, Alfred Ansbach, glaubte seiner Sache dadurch zu dienen, indem er ausführte, daß durch solche Arbeiter, wie die Verunglückte, jeder — Unternehmer gefährdet sei, da könnten alle Vorbestimmungen nichts helfen.

Es wurde in der Verhandlung festgestellt, daß die beiden Kochkessel mit Kohlen abgedeckt gewesen seien, aber es seien offene Zwischenträume von 40 Zentimeter geblieben. Die gänzlich Abdeckung der Kessel sei unterblieben, weil der Arbeitsprozeß dies verhindere. Nach dem Unfall ist der Bodenbelag vergrößert worden. Auch sind die Ketten entfernt und Geländer angebracht worden. Ein früher in dem Betriebe beschäftigt gewesener Verwalter hat den geschädigten Anstund erkannt und sich geäußert: Hier passiert noch einmal was!

Der als Sachverständiger vernommene Beamte der Berufsgenossenschaft legte dar, daß in den von ihm kontrollierten gleichartigen Betrieben bessere Sicherheitsmaßnahmen getroffen seien, als dies in dem Betriebe der Gebrüder Ansbach der Fall gewesen ist. Merkwürdigerweise aber trat der ebenfalls als Sachverständiger herbeigekommene Beamte der Gewerbeinspektion auf die Seite der Unternehmer. Das Gericht aber verurteilte die Angeklagten wegen fahrlässiger Körperverletzung zu je 300 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis. Bei einem so gefährlichen Betriebe hätten die Angeklagten die gesteigerte Pflicht gehabt, für die nötige Sicherheit zu sorgen, wie es der § 11 der Unfallversicherungsrichtlinien der Berufsgenossenschaft vorschreibt. Es war den Angeklagten aufgegeben worden, Geländer an den Kesseln anzubringen oder die Kessel genügend abzuheben. Das Hilfsmittel der Sperretiketten war vollständig unzulänglich, weil die Kessel zum Teil unbedeckt gewesen sind. Die Gefährdung hätte beseitigt werden können, wenn man entweder den Zwischenträume zwischen den Bodenverwänden abgedeckt oder noch oben und unten Querbohlen legte. In anderen Betrieben habe man Mittel und Wege gefunden, um ohne Behinderung der Arbeit die Sicherheit hinsichtlich der Zwischenträume. Die Angeklagten hätten sich nicht die Erschwerenden anderer Betriebe anmerken lassen, auch nicht bederzigt, was der Aufsichtsbemante der Berufsgenossenschaft ihnen geraten hat.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in Görlitz, Neuschandau, Kendeburg (Leipzig), Formsa.

Bezug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— Dresden. Rückblick auf das Jahr 1911. Das verfloßene Geschäftsjahr fand unter dem Zeichen des Entwaldens und des er-

starkenden Vorwärtsschreitens. Die Mitgliederzahl stieg von 2222 auf 2118, also um 107. Darunter sind 208 weibliche. Lohnbewegungen wurden 49 mal fast durchweg gutem Erlolge geführt. Obenan steht die Kiegelnindustrie mit 14 Bewegungen. In der Kiegeln „Baueisenfabrik“, mit den Inhabern der Kiegeln Dammüller, dem Kiegelmüller der Firma Schmidt und dem Kiegelmüller der Firma Thomas u. Wintler wurden Tarifverträge abgeschlossen. Außerdem wurden in den Kiegeln Richter-Gottschig, Mey-Verbnich, Neu-Olira, Geyer u. Genossen in Oudewitz, Faust u. Adam-Osmewig, Förster-Deuerech, Stein u. Adler in Klaußig erfolgreiche Bewegungen geführt. — Die Bewegung bei Bernsdorf in Brolitz verlief resultatlos, die bei Matel-Torna hatte nur teilweise Erfolg. Beteiligt an diesen Bewegungen waren 489 Kollegen, für die ein Verdienst von 907,88 M. pro Woche erzielt wurde. Die Kosten für diese Bewegungen betragen 106,70 M., die die Volkslasse trägt.

Die Zement- und Steinindustrie verzeichnet 11 Anträge und eine allgemeine Tarifbewegung. In dem Steinbruch des Kiegelnbesters Rahn erreichten die Kollegen eine Aufbesserung der Arbeitslöhne. Die Kollegen der Schmelzfabrik Dammüller erhielten eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde, außerdem wurde ein Aufschlag für Überstunden in Höhe von 15 Prozent zugelassen. In der Dresdener Pflasterfabrik verlief auch die diesjährige Bewegung teilweise resultatlos. Die unsicheren Verhältnisse, die in diesem Werke vorherrschend sind, trugen dazu bei, daß nie etwas Rechtes zustande kommen konnte. — Die beiden Cosebauder Fabriken Wäckerhoff u. Widmann und Wäckerhoff u. Engelott gewährten eine Zulage von 2 Pf. Der im Vorjahre bei der Firma Wäckerhoff u. Widmann geführte Streik war also nicht resultatlos. — In den kleineren Kunstseidenfabriken: Katsch, Clemen, Herrmann u. Gommlich, Klotzke u. Diege, wurden die Bewegungen durchweg gut erledigt, während bei Dehmischen zum Streik gegriffen werden mußte, der nach vierwöchiger Dauer resultatlos aufgehoben wurde. — In der Seingutfabrik von Willerow u. Boch erzielten die Paader und Ansdorfer eine Erhöhung der Arbeitslöhne und der Stundenlöhne. — Von der Tarifbewegung in der Zementindustrie wurden den vorgenannten Zementwarenfabriken noch die Firmen: Dreyer u. Semmerdorf, Schilling u. Jäger, Franke u. Verholdt, König u. Dr. Cralft in Wälschen, Bauhütte in Deuben, Wiedemann-Koswig, Wegmann-Kötzig, Striegler-Raumdorf, Förmig u. Barth-Redebel und Kuppert in Wilsdruff betroffen. Der anfängliche Widerstand der Unternehmer wurde nach längeren Verhandlungen beseitigt, und ein Tarif abgeschlossen, der bis 31. März 1913 läuft. In diesen Bewegungen waren insgesamt 633 Kollegen beteiligt, für die eine Lohnverhöhung von 779,50 M. in einer Woche und eine Vergrößerung der Arbeitszeit von 5920 Stunden in einer Woche erzielt wurde.

In der chemischen und Gummiindustrie sind 5 Bewegungen geführt worden. Bei Heyden-Radebeul wurde Vergrößerung der Arbeitszeit gefordert. Auf die Eingabe der Verhandlungskommission ist eine Antwort bis heute noch nicht eingetroffen. Die Arbeitszeit wurde jedoch am 1. April auf 9 Stunden täglich bei gleichbleibendem Lohn vergrößert. Für die Nachschicht hat die Vergrößerung wenig praktische Bedeutung, da die in der Nachschicht beschäftigten Kollegen noch teilweise 10 bis 12 Stunden arbeiten müssen. Weiter konnten die Verhältnisse dank einem äußerst raffiniert ausgearbeiteten Sozialzahlungssystem auch heute noch nicht beseitigt werden. Es wird erst Besserung eintreten, wenn unsere Kollegen den Achtstundentag erkämpft haben. — In der Papierfabrik Pöllner wurde die geforderte Vergrößerung der Arbeitszeit abgelehnt, Lohnverhöhung und bessere Arbeitsbedingungen bewilligt. — In der Karbenfabrik Otto Wacker-Radebeul, wo unsere Kollegen wegen der Minderleistung eine Maßregelung des Vertrauensmanns und Entziehung der Beschäftigungsgratifikation gefordert hatten, ging der geführte Streik verloren. — In der Kunstedlerfabrik in Rühl bekamen alle Arbeiter eine Lohnzulage, alle über 5 Jahre im Betriebe Beschäftigten drei Tage Ferien. Im nächsten Jahre soll die Karenzzeit für die Gewährung der Ferien um ein Jahr herabgesetzt und die Feriendauer um einen Tag verlängert werden. — Die Arbeiterschaft der Gummiindustrie in Leipzig, die in letzter Zeit die Notwendigkeit der Organisation besser begriffen hat, als es früher der Fall war, stellte Forderungen auf Lohnverhöhung und Überstundenzuschlag. Es bedurfte erst der Kündigung, um die Firma zu kleinen Zugeständnissen zu veranlassen. Hoffentlich sorgen unsere Kollegen dafür, daß der vorhandene gute Geist weiter anbauert, damit zu gegebener Zeit weitere Erhöhungen der Löhne auch bei uns durchzuführen werden können. — In die Dingener Werke sind wir durch lebhafteste Agitation ebenfalls eingedrungen. Die lebhafteste Agitation veranlaßte die Betriebsleitung, die Wahl eines Arbeiterausschusses anzuordnen, dem dann alle Wünsche und Beschwerden unterbreitet werden sollten. Die durch denselben vorgebrachten Lohnforderungen sind nach längeren Verhandlungen zum großen Teil bewilligt worden. Mögen vor allen Dingen die in dieser Fabrik in großer Anzahl beschäftigten jungen Mädchen die notwendige Lehre daraus ziehen, daß der Verband wohl ein Mittel ist, die Lebenslage zu heben und auch bessere Behandlung zu erzwingen.

Die Papierindustrie weist 4 Bewegungen auf. Die Strohhofenfabrik, die ja durch ihr arbeitserfindliches Verhalten zur Genüge bekannt ist, gewährte im Frühjahr eine „freiwillige“ Zulage von 2 Pf. für alle Arbeiter. Unsere Kollegen war das zu gering, weshalb sie neue Forderungen stellten, die auch nach einem halbtägigen Streik teilweise bewilligt wurden. Sehr enttäuscht mag die Direktion sein, daß ihre gegen die Organisation gerichteten Maßnahmen von so minimalem Erfolge waren. Herr Direktor Günsburger äußerte zum Schluß der Verhandlungen: „Daß die Organisation in meinem Betriebe vorhanden ist, ist sehr schön.“ Unsere Kollegen müssen Sorge tragen, daß diese Worte Wahrheit bleiben. — Bei Krause u. Baumann erfolgten auch in diesem Jahre an fast alle Beschäftigte Zulagen. Die Vergrößerung der Arbeitszeit in diesem Betriebe fällt äußerst schwer, wird aber noch erkämpft werden. — In der Rheinischen Gummi- und Papierfabrik, wo wir nach langem Weihen jetzt einen festen Fuß gefaßt haben, erfolgten teilweise Zulagen. Eine einheitliche Bewegung war nicht möglich, weil die Firma eine Anzahl von Arbeitern zu Unterwerkmeistern machte, die dann durch Unterschrift erklären mußten, sich an keinem Arbeiterstreik zu beteiligen. — Die Kollonnen der Tapetenfabrik erzielten eine Zulage auf die Stundenlöhne, ebenso wurden die Arbeitslöhne erhöht. Die gesamte Arbeiterschaft erhielt einige Tage Ferien. Dafür maßregelte die Firma unsern Vertrauensmann und ließ von Revueirenden einen Streik unterschreiben, das sie nicht Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes seien und auch demselben während der Beschäftigung in der Tapetenfabrik nicht beitreten würden. Leider kann in diesem Betriebe in Folge der Zersplitterung der Tapetenbruder der Kampf nicht in wünschenswerter Weise geführt werden.

In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie wurde bei Dr. Klopfer eine Bewegung geführt. In dem mit dieser Firma abgeschlossenen Tarif ist die Bestimmung enthalten, daß bei weiterer Steigerung der Lebensmittelpreise vom 1. Januar 1912 an eine Zulage von 2 resp. 1 Pf. zu erfolgen habe. Da die Lieferung in vollem Maße eingetreten ist, gewährte die Firma die in Aussicht gestellte Zulage bereits am 18. November v. J. — In der Leipsiger Leinwand- und Karolinefabrik von Rebold u. Schliephake wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der in diesem Jahre eine Lohnverhöhung von 2 M. und am 1. Januar 1913 eine solche von 1 M. pro Woche für alle Arbeiter vorsieht. — Im Dresdener Volkshaus erreichten unsere Kolleginnen, die als Aufwächterinnen beschäftigt sind, eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde.

Außerdem wurde eine Reihe Lohnbewegungen in anderen Industrien geführt. In der Sortieranstalt Sternlicht wurde die angeforderte Vergrößerung der Arbeitslöhne erfolgreich abgewehrt. In der Leinwandfabrik Müller's Söhne wurde die Einführung der vierwöchigen Kündigungsfrist abgewehrt, außerdem eine Lohnverhöhung für alle Beschäftigten erreicht. — Bei Gebrüder Sed bekamen unsere Kollegen auch in diesem Jahre Lohnzulagen. — In der Glasfabrik Siemens wehrten 3 Kollegen eine erhebliche Lohnverschlechterung ab. Beteiligt waren eine Anzahl Kollegen an dem Streik der Metallarbeiter bei Gille, Klotz, Klotzsch, Fischer u. Wink und in der Schmelzpressfabrik. An der Metallarbeiterausperrung waren aus unserer Zahl 237, aus dem Plauenischen Grund 120 Kollegen beteiligt. An einem Streik der Bauarbeiter waren 6, am Streik der Schuldenarbeiter 12 Kollegen und 21 Kolleginnen beteiligt. Die in den letzten Monaten des Jahres einsetzende außerordentliche Steigerung aller Lebensmittelpreise veranlaßte die Kollegen einiger Betriebe, Lohnvergrößerungen zu verlangen. Eine am beabsichtigte Versammlung der Pumpenfabrik Krause u. Soumann wurde durch die Besetzung der Betriebskassen, mit der Geschäftsleitung wegen Grundbesitz der Lohnvergrößerungen zu treten. Herr Schmidt wollte gemächte Kartellisten und Brot gewähren, wandelte aber auf den Wider-

bricht der Arbeiterschaft hin die Naturalien in Geldwert um Alle über...

Die Arbeiterschaft der chemischen Fabrik von Heyden-Neubeul befahte...

Dem Beispiel von Heyden folgte die Arbeiterschaft von Gehe u. K....

Die Kollegen der Gummiabfabrik Neupoldt beantragten ebenfalls eine...

Die Arbeiterschaft der Seifenindustrie nahm in einer Branchenver...

Die organisierten Arbeiter der Farbenfabrik Meistermann wendeten...

An diesen Bewegungen waren beteiligt 4080 Kollegen. Für diese...

Korrespondenzen.

Eberzwalbe. Die Agitationskommission der Zählstelle Eberzwalbe...

Die notwendig ein Zusammenstoß aller Arbeiter ist, um bessere...

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind verpflichtet, Speisen und Getränke...

Gewerkschaftliche Rundschau.

Es muss Gegen für Arbeiterschaft... Die Gewerkschaften Deutschlands als Beilage...

Rechts, des Realisations, Verfalls- und Verfallungsrechts des Pre...

Die „Arbeiterrechtsbeilage“ Nr. 1 bringt außer einem Einführungs...

Die streikende Beendigung der Tabalarbeiterausperrung.

Der große Kampf, der die Tabalarbeiter Deutschlands ein Viertel...

Die Aufnahme der Arbeit wird, soweit technische Schwierigkeiten nicht...

Polizei und Gerichte.

§ 307 des Strafgesetzbuchs.

Endlich hat der königlich-preussische Amtsvorsteher in Ruz (nicht in...

Bezeichnend ist noch, daß der Amtsvorsteher, nachdem die Verhaftung...

Eingegangene Schriften.

Kontrakt zum Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1911.

Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie (Heft 11 der sozial...

Verbandsnachrichten.

Die Berichte über im Jahre 1911 beendete Lohnbewegungen...

Vom 3. Januar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Eisenberg (S. B.) 222 47. Bremer 208 02. Ueberleben 169. ...

Schluß: Montag, 15. Januar, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das vierte Quartal 1911 haben eingesandt:

Für die ausgesperrten Tabalarbeiter in Lippe und Westfalen gingen...

Zustimmung zur Erhebung von Geldebeiträgen erhielt die Zählstelle...

Angeschlossen an Dernburg wurde die Zählstelle Nienburg...

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretene in.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Alstedt, Franz Rauchfuß, Pfisterstraße 4. Herrn Müller, ...

Inserate.

Zählstelle Chemnitz. Geschäftsführer. ...

Zählstelle Mügeln.

In unserm Inserat in Nr. 2 ist die Adresse, an die Bewerbungen...

Chemische Industrie

Die chemische Industrie Württembergs.

In der Nummer 2 des „Proletarier“ haben wir die Jahresberichte der bayerischen Gewerbeämter aus dem Jahre 1910 besprochen. Was dort allgemein über die Voraussetzungen zur Lage chemischer Betriebe in Bayern gesagt wurde, trifft auch für die übrigen Staaten Süddeutschlands größtenteils zu. In Württemberg und Baden befinden sich chemische Betriebe in einigen Städten die an größeren Flüssen liegen. Nach den Berichten der württembergischen Aufsichtsbeamten stellte sich die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe der chemischen Industrie mit mindestens zehn Beschäftigten und der darin tätigen Arbeiter folgendermaßen:

Jahr	Betriebe	Arbeiter	Arbeiterinnen	Jugendliche	Kinder	Aberhaupt
1909	91	2064	604	148	8	2824
1910	87	1958	564	161	5	2658
Zu- od. Abnahme	- 4	- 106	- 40	+ 13	- 3	- 168

Das Jahr 1910 hat allgemein einen kleinen Rückgang für die chemische Industrie Württembergs gebracht. Nur die Zahl der beschäftigten jugendlichen Personen ist etwas gestiegen. Betrübend ist die Tatsache, daß immer noch Kinder in der chemischen Industrie beschäftigt werden. Bei welchen Arbeiten die Kinder beschäftigt werden, ist aus den Berichten nicht zu entnehmen.

Ueber das Verhältnis der revidierten zu den revisionspflichtigen Betrieben informiert uns beim Vergleich mit obiger Zusammenstellung folgende Tabelle:

Jahr	Revisionen	Revidierte Betriebe	In revid. Betrieben beschäftigte Arbeiter
1909	84	77	2486
1910	70	63	2517

Die Zahl der Revisionen und der revidierten Betriebe ging zurück. Dagegen ist die Zahl der von der Revision erfaßten Arbeiter gestiegen.

Zu widerstandlungen gegen die Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter wurden 1909 und 1910 keine ermittelt. Verstöße gegen die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen wurden in drei Betrieben in drei Fällen ermittelt, die die Dauer der Beschäftigung und Nichteinhaltung der Pausen betrafen. Bestrafungen der Unternehmer erfolgten nicht.

Das Berichtsjahr bringt eine ganz erhebliche Steigerung der bewilligten Ueberarbeit für Arbeiterinnen. Ueberstunden wurden gestattet:

Jahr	in Betrieben	für Arbeiterinnen	Zahl der Ueberstunden
1909	1	12	120
1910	6	827	5040
Zunahme	5	815	4920

Aus dem Bericht läßt sich nicht ersehen, ob die Gewährung von Ueberarbeit in solchem Umfang unter allen Umständen notwendig war. Abgelehnt wurde kein Antrag auf Gestattung von Ueberarbeit.

Erreichtes läßt sich über die Gestattung von Sonntagsgararbeit berichten. Während im Jahre 1909 in drei Betrieben für 28 Arbeiter 390 Stunden Sonntagsarbeit gestattet wurde, sind 1910 Anträge auf Erlaubnis zur Sonntagsarbeit nicht gestellt worden. Die chemische Industrie könnte überhaupt, weil ihr so viele Ausnahmen bei der Sonntagsarbeit schon zugelassen sind, endlich einmal Schluß machen mit dem Nachsuchen um Gewährung weiterer Sonntagsarbeit.

Bei der verhältnismäßig geringen Arbeiterzahl der chemischen Industrie Württembergs sind Berichte über Gewerbeverletzungen nur selten. Der Beamte für Heilbrunn berichtet über die Erkrankungen von vier Bleifarbenarbeitern an Bleikolik, die

eine Krankheitsdauer von 20 bis 27 Tagen pro Fall aufwies. Die Zahl der in den Bleifarbenbetrieben das ganze Jahr hindurch beschäftigten Arbeiter war 47 mit insgesamt 6492 Arbeitstagen. Diese Arbeitstage entsprechen einer Vollarbeiterzahl von 21,6. Es erkrankten von 47 Bleifarbenarbeitern 4 oder 8 1/2 Prozent. Wird aber, wie es statistisch auch richtig ist, nur die Zahl der Vollarbeiter zum Vergleich gesetzt, so ergibt sich, daß nicht 8 1/2, sondern 20 Prozent der Vollarbeiter an Bleikolik erkrankten.

Weiter erwähnen sich bei zwei Explosionen mehrere tödliche Fälle. In einer Pulverfabrik die auch festes Spreng- und Schießmaterial herstellt und in der im vorigen Jahre eine Explosion stattfand, wurde wahrscheinlich durch Selbstzündung der in einem Trockenschrank befindlichen Schießbaumwolle, das ganze Trockengebäude zerstört und dabei drei Arbeiter getötet. Das System, nach dem die Trocknung der Schießbaumwolle geschah, war nicht einwandfrei, denn der Berichtserfasser schreibt: „Zum Trocknen des Pulvers wurde warme Luft mittels Ventilatoren in die Trockenschränke eingeblasen. Dieses Trockensystem soll nun verlassen und es soll in der Hauptsache zum Trocknen in Vacuum-Trockenschränken, das bisher schon teilweise angewendet wurde, übergegangen werden.“ Wir sind der Ansicht, daß nicht übergegangen werden „soll“, sondern übergegangen werden „muß“, damit solche Unfälle vermieden werden.

Eine andre Explosion ereignete sich in Friedrichshafen bei der Herstellung von Ruß und Wasserstoff aus Acetylen. Die ganze Anlage wurde zerstört, ein Arbeiter getötet, zwei andre schwer und eine Reihe Personen leichter verletzt. Die Spaltung des Gases geschah in Stahlzylindern von 40 Zentimeter Durchmesser und fünf Meter Länge, die auf 300 Atmosphären Druck geprüft waren. Das an Ort und Stelle durch Wasser und Kalziumlambid gewonnene Acetylen wurde zuerst mittels Kompressoren in einer Akkumulatorenbatterie, die aus 5 Röhren von 25 Zentimeter Durchmesser und 6 Meter Länge bestand, auf 5 Atmosphären verdichtet. Von dieser Batterie aus wurde das Acetylen durch eine Rohrleitung von 13 Millimeter Stärke, die mit 5 Rückschlagventilen versehen war, zu den Spaltzylindern geleitet. Nachdem ein Spaltzylinder gefüllt war, wurde das vorgelagerte Ventil geschlossen und mit einem elektrischen Funken durch Entzündung des im Spaltzylinder befindlichen Acetylen-gases eine Spaltung in Ruß und Wasserstoff herbeigeführt. Jede Spaltung erforderte 5 Minuten Zeit. Da immer nur der Inhalt eines Zylinders gespalten wurde, so hatte jeder Zylinder 25 Minuten Zeit, um sich abkühlen zu können. Während der Spaltung stieg der Druck im Spaltgefäß auf 65 Atmosphären.

Die Ursache der Explosion liegt vor allem in der Nachlässigkeit und Untereiner durch die Betriebsdirektion. Der Bericht schreibt: „Während der dem Unglück vorausgegangenen 48 Stunden war gesteigerter Betrieb verlangt worden. Kurz vorher waren aber zwei Spaltzylinder wegen festgestellter Undichtigkeiten ausgeschaltet worden, so daß zur Zeit des Unfalls nur mit zwei Spaltapparaten gearbeitet werden konnte, wodurch die Ruhepause für einen Zylinder sich auf 15 Minuten beschränkte. Bei dem Unglück, das seinen Ausgang von einer normalen Explosion in einem Spaltzylinder nahm, wurde nicht dieser, sondern es wurden drei Stahlzylinder der Acetylenakkumulatorenbatterie zerrissen.“ Man nimmt nun an, daß der Schalthebel, der zur Ründung diente, vom Bedienungsmann nach der Spaltung nicht sofort ausgeschaltet wurde, so daß das neu einströmende Acetylen sich entzündete und durch die Rückschlagventile der Rohrleitung hindurch die Akkumulatorenbatterie zur Explosion brachte. Letztere war nur auf 100 Atmosphären geprüft und hielt dem Druck nicht stand. Die Behauptung, der Arbeiter habe den Schalthebel nicht ausgeschaltet, stützt sich auf die vorgefundene Stellung des Schalthebels nach der Explosion. Es ist die immer beliebte Methode, dem Arbeiter, der nun tot ist, die Schuld möglichst ganz in die Schuhe zu schieben. Es wäre doch auch wichtig, zu wissen, ob nicht die Unachtsamkeit des Arbeiters durch zu lange Arbeitszeit herbeigeführt wurde. Dar-

über bemerkt der Bericht kein Wort. Bei der Neuaufführung der Anlage wurde gefordert, daß alle Rohre, Ventile und Zylinder auf 300 Atmosphären Druck geprüft sein müssen. „Die Zündleitungen der einzelnen Stahlzylinder müssen so gebaut sein, daß der Stromkreis selbsttätig unterbrochen wird und daß es zur Schließung des Stromkreises der Mitwirkung zweier Arbeiter bedarf, die den Stromkreis gleichzeitig und an zwei voneinander entfernten Stellen, die außerhalb des Spalttraumes gelegen sind, schließen.“ Es steht zu erwarten, daß unter Einhaltung dieser Bedingungen in Zukunft Explosionen vermieden werden.

Zur Verbesserung des Alkoholgenusses hat die Rotweil-Rottweil Pulverfabrik in ihrer Kantine in Rottweil Kaffeeausichant neben dem bestehenden Bierverkauf eingerichtet; außerdem wurden die Arbeiter in Gruppen von 20 bis 30 Mann während der Arbeitszeit auf 2 bis 3 Stunden zu der in Rottweil stattgefundenen Wanderausstellung gegen Alkoholmißbrauch entsandt. Später hielt der Fabrikarzt noch einen einschlägigen Vortrag in der Fabrik. Das Vorgehen ist zu begrüßen, zumal ein trunkenen Arbeiter unter Umständen ein fürchterliches Unglück anrichten kann.

Die Vereinigten Chininfabriken Zimmer u. Co. in Feuerbach haben ihren Arbeiter neben allgemeinen Lohnaufbesserung Urlaub gewährt. Die Bedingungen, unter denen er gewährt wird, sind so jämmerlich, daß schließlich von Urlaub nicht die Rede sein kann. Der Urlaub wird gewährt nach zehnjähriger Dienstzeit auf die Dauer von einer Woche. Ist die Wartezeit schon lang genug, so daß nur ein kleiner Teil von der Vergünstigung profitiert, so klingt es geradezu wie eine Verhöhnung der Arbeiter, wenn diese Woche Urlaub erst a l l e z w e i J a h r e gewährt wird. Jedenfalls verdient eine derartige Urlaubnaufberechtigung nicht weniger als Lob. Der Auffassung scheint jedenfalls auch die Gewerbeinspektion zu sein, denn sie registriert diese „Rechtsfahr“ nur pflichtgemäß, ohne, wie es in besserer gelegenen Fällen geschieht, ein Wort des Lobes daran zu knüpfen.

Zement- und Ziegel-Industrie

— Syndikate und Preissteigerung in der Zementindustrie.

Ueber die „Reorganisation“ in der Zementindustrie, die mit einer Sammlung der Augenfeiler begann und mit der Regulierung der Preise ihr vorläufiges Ende gefunden hat, schreibt der „Vorwärts“:

Angesichts der, aber bescheidenen nicht weniger strengen Gesetzen, erzeugt jede besondere Rentabilität in irgendeiner Industrie-Gruppe, sofern sie kapitalistisch weit genug entwickelt ist, scharfen Konkurrenz und Neutapitalien, die sich alle nach der hohen Verzinsung sehnen und so leicht — die Normalverzinsung wieder herstellen. Alles Reizt, diese Gewinne für jeden bourgeois Geldbeutel zu betreiben, ist die Syndikalisierung. Die Zementindustrie ist dafür ein gutes Beispiel. Immer wieder hat man hier neue Verbände gegründet, um so jede entstehende Konkurrenz leichter mit niedrigen Kampfpreisen tötlichen zu können. In den Jahren 1906, 1907 und 1908 haben die dreißig größten deutschen Zementfabrikgesellschaften eine Durchschnittsbildende von 12 Prozent erzielt. Die Gründungen nahmen in jener Zeit tief zu. 1907 und 1908 trafen zu den bereits bestehenden 95 deutschen Zementwerken noch 30 neue Zementfabriken mit größter Leistungsfähigkeit hinzu, dazu kamen aber schon damals elfliche Duzend Projekte, die heute auch schon verwirklicht sind.

Die straffgespannten Bogen der Begierde und Verbandsbildung erwiesen sich oft genug als zu straff gespannt. Alle Mittel des Syndikalismus, wie hohe Konventionalstrafen bei Verkauf von Zement unter dem Verbandspreis, geheime Schiedsgerichte und gegenseitige Beihilfe, wollten oft nicht mehr verlangen. Jetzt hat sich nun eine neue Konsolidierung der Zementfabrikorganisationen und damit auch eine erneute Aufhebung des deutschen Preiszwanges vollzogen. Die Augenfeiler sind zum großen Teil in die Syndikate aufgenommen worden, das Preisniveau hat sich wieder gründlich nach oben entwickelt, woran allerdings nicht zuletzt die lebhafte Konkurrenz als Ursache beteiligt ist.

Die oberste Zementwerke sind sich über den Berliner Markt der 2 Millionen Normalzement (à 170 Kilogramm) einig geworden. Sie erließen, nachdem sie die Kampfpreise gegen Augenfeiler aufheben konnten, ihren Großhändler- und Großverbraucherpreis von 320 Mk. auf 450 Mk. pro 10 000 Kilogramm! Dies ist eine Preissteigerung von über 40 Prozent!

Da der Berliner Markt keine Zementanprüche außer von den oberstehenden auch noch von drei Berliner und von hannoverschen, mittel-

Die Kaliindustrie.

II.

Was bedeutet das Kalilege?

Zu einem Teil gesetzlich, zum Teil durch die Abmachung der Absache“, zum andern Teil, wenn auch nur in gewisser Hinsicht, „Beseitigung oder besser gesagt Einschränkung der freien kapitalistischen Konkurrenz.“ In diesen beiden Punkten liegt die soziale und fast noch mehr die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gesetzes. Sie offenbart unzweifelhaft, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht auf die Dauer bestehen bleiben kann.

Das Kalilege hat es früher immer verstanden, die Verkaufspreise derart in die Höhe zu schrauben, daß hohe Gewinne für die Kapitalbesitzer abfielen. In der feineren Zeit vom Reichstage eingeleiteten Kalilegekommission ist dieser Umstand — weil die Regierung angeordnet wurde, einschlägiges Material vorzulegen — klarutage getreten.

Gewisse hier schreibt in seiner Vorhandlung „Zur Geschichte des Kalileges“ im „K. V.“ folgendes darüber: Während z. B. die rentabelste Natriumsulfatfabrik 1908 pro Arbeiter rund 900 Mk. Ausbeute erzielte, kamen 1908/09 die betreffenden Kalilwerke noch auf 1250 bis 4700 Mark Ueberschuß pro Arbeiter. Ueberschüsse zahlte selbst in den „schlechten“ Jahren 10 Prozent, Weltergebnisse von 1901 bis 1908 zusammen 11,9 Prozent Dividende. Die Solwaywerke gaben 1904/1908 je 10 Prozent, nachdem sie ihrem Reservesonds — um den Wiesenprofit zu verschleiern — 30 Millionen Mark für die Erhöhung ihres Aktienkapitals von 10 auf 40 Millionen entnommen hatten.

Nach Abschluß riesiger Reservesfonds vermochten seit ihrem Bestehen zu zahlen

	an Ausbeute	Ihr Aktienkapital auszüglich Zinsenbeitrag
Thierbach	3,7 Mill. Mk.	4,4 Mill. Mk.
Reiterhagen	26,35 „	11,63 „
Ludwig II.	7,35 „	5,24 „
Reinhardt	21,70 „	12,18 „
Wilhelmshall	11,92 „	2,10 „
Glückauf	5,08 „	2,34 „
Gedwiasburg	3,80 „	0,86 „

Jährlich ein kleines, annehmbares Geschäft. Und da ja nun der Preis an dem ganzen Kalihandel bedeutend beteiligt ist, diese Preis- und Wirtschaftspolitik mit Herd, nimmt es nicht wunder, wenn sich der Gesamtverbraucher U. Voelkel wie folgt äußert:

Der Umstand, daß zwei im kalihaltigen Besitz, nämlich Breitenburg und Anhalt, stehende Werte den Grundstock des Syndikats bilden und auch später trotz der Vergrößerung der Zahl der Mitglieder des Syndikats in

diesem ein gewisses Übergewicht behaupteten, gewährte Sicherheit dafür, daß die Geschäftspolitik des Syndikats sich in Bahnen bewegen, die den allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen parallel liefen. Insbesondere ist auf den statistischen Einfluß die maßvolle Preishaltung zurückzuführen.

Es mag ja anerkannt werden, daß es eine bei Syndikaten ungewöhnliche Erscheinung ist, daß der Auslandspreis stets höher ist als der Inlandspreis. Maßvolle Preishaltung ist aber doch noch etwas ganz anderes.

Die Preishaltung war und ist heute noch — wenn man von der Wahrung volkswirtschaftlicher Interessen reden will — einfach anerkannt. Und weiter gibt es noch etwas, das mehr Kopfschütteln erregen muß als die Tatsache, daß die deutschen Kalilwerke ca. 400 Millionen Doppelzentner Kalilauge pro Jahr liefern könnten, in Wirklichkeit aber nur rund 80 Millionen Doppelzentner liefern? Es ist eben die allbekannte Tatsache: Zurückhaltung der Produktion vom Werke — „Hochrauben der Preise“. Zwar sind bei der Preishaltung durch Gesetz gehandelt, aber daß diese nicht zu niedrig ausfielen, dafür haben Syndikat und Gesetzgebung gesorgt.

Bei rationeller Wirtschaft wäre nicht bei weit niedrigeren Preisen ein ganz annehmbarer Gewinn für die Kapitalisten zu erwarten. Das zeigen insbesondere die Verkäufe der Schwedmanngüter nach Amerika, als diese am 1. Januar 1910 aus dem Syndikat austrat. Die Firma Schwedmann-Solbeck stellte der Kalilegekommission folgende Selbstkostenrechnung (nach Anode Lued) zur Verfügung:

	Selbstkosten der Förderung bzw. Fabrikation pro Doppelzentner:	
	Garfals aus 8 mit 80 Proz. Chloralium	
1906	0,478 Mk.	3,211 Mk.
1908	0,962 „	6,170 „
1910 (2 Monate)	0,930 „	2,566 „

Legt hierin nicht eine Bestätigung der von uns so oft schon ausgesprochenen Tatsache vor, daß der Kapitalismus von heute die Erzeugung der Produktivkräfte lässlich genügt? Trotzdem die Preise nur halb so hoch wie im Syndikat, stürzte das Werk, weil es eben keine Verkaufspreise ausbringen konnte und daher prozentual eben geringere Umsätze hatte.

Aber was half das alles! Kampfpreise, Gesetzgebung konnte Gerichte — alles wurde mobil gemacht gegen den mächtigen Druck, der ja nun auch endlich „in Reich“ und „Lied gebracht“ wieder mit für mehr als alle

Preise und Wahrung des Nationalvermögens eintreten kann. Und so geht denn die Kapitalproduktion unter der Deppe: „Profit, immer mehr Profit“, denselben Gang, den bisher die gesamte kapitalistische Produktionsart gegangen ist. Es wird nicht produziert um des Erzeugtes willen, der Allgemeinheit dienbar zu machen, sondern am für sich gewaltige Vorteile herauszuschlagen.

Den armen Proletariats, die die Werte aus dem Schacht hervorholen oder in der Fabrik verarbeiten, hat das Gesetz nur sehr wenig gebracht. Was geschieht ist, gefächelt auf Zwängen der Arbeitervertreter im Reichstage. Es hätte allerdings weit mehr erreicht werden können, wenn nicht wiederum einige „christlich-nationale“ Größen hindernd in den Weg getreten wären.

Welche Vorteile sind den Kalilarbeitern nun durch das Kalilege geboten?

1. Die Löhne der Jahre 1907—1909 sind gewissermaßen gesetzlich als Mindestlöhne festgelegt. Mit andern Worten — wir zitieren aus dem Artikel „Unser grundsätzlicher Erfolg im neuen Kalilege“, „Proletarier“ Nr. 23 vom 4. Juni 1910 — sinkt auf dem Kalilwerk der Lohn, der „im Jahresdurchschnitt“ an die verschiedenen Arbeitergruppen für eine regelmäßige Arbeitszeit bezahlt wurde, unter den Lohn, der „im Durchschnitt“ der Kalenderjahre 1907—1909 bezahlt wurde, so wird für das folgende Jahr der Anteil des betreffenden Kalilwerkes an deutschen Kalilieferungen, d. h. an der gesetzlich festgestellten und erlaubten deutschen Gesamtmenge von Kali, um denselben Prozentsatz heruntersetzt, um welchen der Lohn der am meisten betroffenen Kalilbeitergruppe gefallen ist.

2. Die im Jahre 1909 auf den Kalilwerken „üblich“ gewesene Arbeitszeit ist als sogenannte Höchstarbeitszeit festgelegt. Würde ein Werk diese Arbeitszeit verlängern, so verliert es ebenfalls, mindestens aber zehn Proz., an seiner Förderungsstärke, als es die Arbeitszeit bei der am meisten betroffenen Arbeitergruppe heraufsetzt.

3. Bis zu einem gewissen Grade werden die Arbeiter (auch Beamte) vor Arbeitslosigkeit geschützt, wenn Kalilwerke ihr Kontingent sich gegenüber dem Reichstage erklären. Die jetzt üblichen Mindestlöhne basieren auf den Löhnen, die in den Jahren 1907—1909, wo überall eine verheerende Krise herrschte, gezahlt wurden. Auch die Arbeitszeit wird durch das Gesetz fest nicht herabgesetzt. Und mit der Entschuldigungsverpflichtung der Kalilwerke an die Arbeiter scheint es auch am Ende zu haben. Die „Vergarbeitszeitung“ berichtet, daß „die Kalilindustriellen durch den sogenannten Ustausch schon zu verschiedenen Malen Arbeiter ab-

